

# Intelligente Alternative

KZBV will Budgetierung durch Ausweitung der Festzuschüsse beseitigen

*Weichenstellung in München: Mit großer Mehrheit sprach sich die Vertreterversammlung (VV) der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) für die Ausdehnung des Festzuschussmodells auf Füllungen aus. Allerdings nur, wenn gleichzeitig die Budgetierung abgeschafft wird. Jetzt ist die Politik am Zug.*

Von der VV, die im Vorfeld des Deutschen Zahnärztetages stattfand, ging ein klares Signal aus: Das leistungsfeindliche Steuerungsinstrument Budgetierung muss endlich abgeschafft werden. Die Zahnärzte nehmen die Kürzung ihrer Honorare nicht länger hin. Da sich die Standespolitiker allerdings auch der Tatsache bewusst sind, dass die Mittel innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) begrenzt sind, unterbreiten sie der Politik intelligente Alternativen zur Budgetierung. Die Festzuschüsse beim Zahnersatz haben sich seit ihrer Einführung bewährt. Nun sollen sie nach dem Willen von Vorstand und Vertreterversammlung der KZBV auch auf den Bereich Füllungen ausgedehnt werden. Mit ihrem Vorstoß reagieren die Zahnärzte auch auf den schwarz-gelben Koalitionsvertrag. Darin wird zwar ein Ende der Budgetierung in Aussicht gestellt, es heißt aber auch, dass stattdessen neue Regelungen gefunden wer-



Fotos: KZVB

Der bayerische Gesundheitsminister Dr. Markus Söder kündigte bei der Vertreterversammlung der KZBV in München ein baldiges Ende der Budgetierung und eine Anpassung der GOZ an das Leistungsgeschehen an.



Ein Ulla Schmidt-Double wandte sich beim Gesellschaftsabend per Videobotschaft an die Mitglieder der KZBV-Vertreterversammlung. „Ich genieße meinen Ruhestand, ich bin ja schließlich privat versichert“, flötete sie.

den müssten. „Die Ausweitung der Festzuschüsse ist untrennbar mit der Abschaffung der Budgetierung verknüpft. Mein persönliches Ziel ist es, dass Puffertage schon bald der Vergangenheit angehören“, erklärt Dr. Janusz Rat, Vorsitzender des Vorstandes der KZVB.

## **Unterstützung von Söder**

Unterstützung für ihre Forderungen bekamen die Zahnärzte auch vom bayerischen Gesundheitsminister Dr. Markus Söder. „Die Zahnärzte haben Anspruch auf eine angemessene Honorierung ihrer Arbeit. Deshalb hat die Budgetierung ausgedient“, so Söder. Auch eine baldige „Anpassung der GOZ an das Leistungsgeschehen“ stellte der CSU-Politiker in Aussicht. Hart ins Gericht ging Söder mit der früheren Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt. Sie habe Kassenzahnärztliche und Kassenzahnärztliche Vereinigungen ans Lasso des Bundesgesundheitsministeriums gehängt. Die Selbstverwaltung könne ihre Aufgaben aber nur erfüllen, wenn man ihr die nötige Entscheidungsfreiheit lasse. Ärzte und Zahnärzte seien nicht der ver-

längerte Arm des Staates, sondern Freiberufler, die die medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherstellen. Es sei untragbar, dass viele Ärzte heute mehr Zeit für die Bürokratie als für die Behandlung ihrer Patienten aufwenden müssen. Die neue Bundesregierung werde die verfehlten Reformen aus der Ära Schmidt beseitigen. Dem neuen Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler sicherte Söder die Unterstützung des Freistaates Bayern und der CSU zu.

#### **Ulla Schmidt im Liegestuhl**

Auf humorvolle Weise verabschiedeten sich die Zahnärzte beim anschließenden Gesellschaftsabend in den Münchner Eisbachstudios von Ulla Schmidt. Per Videobotschaft wandte sich ein Schmidt-Double im Liegestuhl an der Costa Blanca an die Standespolitiker. „Macht es gut in der GKV. Ich genieße jetzt meinen Ruhestand. Ich bin ja schließlich privat versichert“, flötete das Double in perfektem Schmidtschen Sing-Sang.

Leo Hofmeier

#### **Für freie Arztwahl – gegen Selektivverträge Weitere Beschlüsse der KZBV-VV in Auszügen**

##### **Zu Selektivverträgen**

Die VV fordert den Vorstand auf, die Aufsichtsbehörde zu Schritten zu veranlassen, die der DAK (und anderen Nachahmer-Krankenkassen) ihr ungesetzliches Handeln untersagt. Nötigenfalls sind rechtliche Maßnahmen einzuleiten.

##### **Zur elektronischen Gesundheitskarte (eGK)**

„Die VV lehnt die von der Gesellschafterversammlung der gematik beschlossene Planung des sogenannten Projektes ‚Online-Rollout‘ ab.“

##### **Zur freien Arztwahl**

„Der Gesetzgeber wird aufgefordert, das Recht auf freie Arztwahl uneingeschränkt zu erhalten und gesetzgeberische Maßnahmen, die dem entgegenwirken, zu unterlassen oder wieder abzuschaffen.“

## Einigkeit in wesentlichen Punkten

### Vertreterversammlung der KZVB – Ein Stimmungsbericht

*Konsens im Großen, Dissens in einigen Detailfragen, so lässt sich die Vertreterversammlung (VV) der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB), die am 20. und 21. November im Münchner Zahnärzthehaus stattfand, zusammenfassen. Vor allem in ihren Forderungen an die Politik präsentierten sich die Delegierten erfreulich geschlossen – im Sinne der gemeinsamen Sache!*

Die VV der KZVB ist ein Ort gelebter Demokratie. Das Ringen um die beste Lösung führt nicht selten zu hitzigen Diskussionen – und das ist auch gut so. Schließlich geht es bei der VV um nicht weniger als die Sicherung der Existenz von rund 8600 Vertragszahnärzten und um die zahnmedizinische Versorgung von über 10 Millionen gesetzlich krankenversicherten Patienten in Bayern. Umso erfreulicher ist es, wenn sich die Delegierten in wesentlichen Punkten einig sind. So wurden Anträge auf Abschaffung der Praxisgebühr, gegen Selektivverträge und die elektronische Gesundheitskarte sowie für den

Erhalt der freien Arztwahl einstimmig beschlossen. Auch der Haushalt der KZVB und die Höhe der Verwaltungskostenbeiträge wurden ohne Gegenstimmen verabschiedet. Kontroverser waren die Meinungen indes zu Detailfragen, in denen bekanntlich oftmals der Teufel stecken kann.

#### **132 Einzelfragen**

Für Außenstehende mag die Bedeutung der Entscheidung, ob die Fragestunde zu Beginn oder am Ende einer VV durchgeführt wird, nur schwer nachzuvollziehen sein. Doch über das Für und Wider kann man ohne weiteres 90 Minuten diskutieren. Angesichts von 132 Einzelfragen, deren Beantwortung mehr als drei Stunden in Anspruch nahm, spricht aber einiges dafür, diesen Tagesordnungspunkt ans Ende zu stellen. Auch die Entscheidung, ob dem VV-Ausschuss drei oder fünf Mitglieder angehören sollen, ist für manchen Delegierten existentieller Natur. Ob daran das Schicksal der bayerischen Zahnärzte hängt, mag jeder Leser selbst beurteilen.



Foto: KZVB

Konsens im Großen: Bei den politischen Zielsetzungen war sich die Vertreterversammlung der KZVB einig. Der Vorstand wurde gestärkt.

Von den „Hardfacts“, die auf der VV präsentiert wurden, ist aber zweifellos jeder bayerische Vertragszahnarzt betroffen. So konnten die beiden Vorsitzenden des Vorstands der KZVB Dr. Janusz Rat und Dr. Martin Reißig eine überzeugende Leistungsbilanz vorlegen. Durch eine geschickte Verhandlungsführung konnten sie den Krankenkassen mehrere Millionen Euro zusätzlicher Gelder für die bayerischen Vertragszahnärzte abringen. Die Zahl der ungeliebten Puffertage konnte dadurch im Vergleich zu früheren Zeiten deutlich reduziert werden. Selektivverträgen, wie sie die Krankenkassen anstreben, setzt die KZVB kollektive Ergänzungsverträge entgegen, von denen alle Zahnärzte profitieren.

#### **Grundsolide Kennzahlen**

Erfreulich ist auch, dass die KZVB trotz der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2009 grundsolide Kennzahlen vorlegen kann. Rückgänge bei den Zinserträgen wurden, wie der kaufmännische Geschäftsführer Dr. Walter Donhauser berichtete, weitgehend durch das Projekt „Kostensenkung“ ausgeglichen. Betriebsbedingte Kündigungen konnte die KZVB ebenso vermeiden wie Beitragserhöhungen für die Mitglieder. Die Geschlossenheit der Delegierten in zentralen Fragen ist ein wichtiges Signal: Der Vorstand kann gegenüber Krankenkassen und Politik selbstbewusst auftreten und die Forderungen der bayerischen Vertragszahnärzte mit Nachdruck vertreten.

Leo Hofmeier

#### **Weitere Beschlüsse der KZVB-Vertreterversammlung**

Einstimmig forderten die Mitglieder der Vertreterversammlung (VV) die Bundesregierung wiederholt auf, den Gesundheitsfonds abzuschaffen. Gleichzeitig begrüßten sie die Ankündigung des bayerischen Gesundheitsministers, Dr. Markus Söder, die Zahnärzte in ihrer Forderung zur Abschaffung des Gesundheitsfonds zu unterstützen.

Ebenfalls einhellig forderte die VV den Gesetzgeber auf, die Nachweispflicht für Fortbildung nach § 95 des V. Sozialgesetzbuches ersatzlos zu streichen. Auch die gesetzlichen Regelungen zur Einführung eines praxisinternen Qualitätsmanagements und der Qualitätssicherung für den vertragszahnärztlichen Bereich sollen durch den Gesetzgeber abgeschafft werden, so der einstimmige Beschluss der Delegierten. Erneut forderten die Delegierten die Bundesregierung auf, die Direktabrechnung mit Kostenerstattung für den Bereich der Zahnmedizin auszubauen. Die Versicherten müssten

eine ungeschmälerete Erstattung der vertragszahnärztlichen Leistungen erhalten, beschloss die VV einstimmig.

Ohne Gegenstimme und Enthaltung hat die VV den Erhalt einer bedarfsgerechten, wohnortnahen und flächendeckenden zahnärztlichen Versorgung gefordert. Daher verurteilt sie einen „zerstörerischen Vertragswettbewerb“, wie er beispielsweise im sogenannten DAK-Selektivvertrag sichtbar werde.

Einstimmig beschlossen die Delegierten das Leitbild für den Freien Beruf Zahnarzt, wie es gemeinsam von den KZVen Bayerns, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein erarbeitet und vorgelegt wurde.

Abgelehnt wurde dagegen der Antrag, das Referat für Krankenkassenfragen wieder einzurichten. Im Zuge des Projekts Kostensenkung hatte der Vorstand der KZVB dieses Referat sowie das Referat MKG/Oralchirurgie abgeschafft.